

# DIE SERBISCH - BULGARISCHEN BEZIEHUNGEN AM VORABEND UND WÄHREND DER BALKANKRIEGE

Es jährt sich heuer zum fünfzigsten Male eines der sonderbarsten Ereignisse der neueren Geschichte Südosteuropas: das Zustandekommen der Allianz Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und Montenegros und der Beginn der Balkankriege. Dem Betrachter erscheint diese Entwicklung, die schliesslich der türkischen Herrschaft in Europa ein Ende setzen sollte, heute, fast ebenso überraschend wie dem Zeitgenossen von 1912. Noch wenige Jahre vor Ausbruch des 1. Balkankrieges standen die Bulgaren den Serben und Griechen als erbitterte Feinde gegenüber, der Bandenkrieg zwischen Bulgaren und Griechen im Osmanischen Reich hatte zwischen 1903 und 1908 die Form eines regelrechten Ausrottungskampfes angenommen, an dem sich später auch die Serben beteiligten, die Beziehungen Serbiens zu Bulgarien, aber auch zu Montenegro, waren aufs äusserste gespannt. In der vorliegenden Studie soll nun die Entwicklung untersucht werden, die 1912 zum serbisch-bulgarischen Bündnis und zum gemeinsamen Feldzug gegen die Türkei, 1913 zum Konflikt zwischen den Verbündeten und zum Kriege Serbiens und Griechenlands gegen Bulgarien geführt hat.<sup>1</sup>

## *Teil I: Die serbisch-bulgarischen Beziehungen bis zur Unterzeichnung des Bündnisvertrages.*

Trotz der Erbitterung, die in Serbien angesichts der bulgarischen Propaganda in Mazedonien und der Versuche des Exarchats herrschte, die slavische Bevölkerung dieses Gebietes (in erster Linie der exarchistischen Sprengel) unterschiedslos als bulgarisch auszugeben, hatte sich die serbische Regierung in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts um eine Verbesserung der serbisch-bulgarischen Beziehungen bemüht und den eifrigsten Verfechter des Gedankens einer Verständigung zwischen beiden Staaten, den

---

1. Mit Rücksicht auf den Raummangel werden im Folgenden fast nur Quellen zitiert. Verweise auf die ausserordentlich zahlreichen Darstellungen konnten umso eher unterbleiben, als diese nur in sehr wenigen Fällen Neues bringen und sich im Allgemeinen auf ein unzureichendes Quellenmaterial stützen.

Gymnasialprofessor Sveta Simić, als Gesandten nach Sofia geschickt. Das Ergebnis dieser Politik war der Abschluss eines Vertrages am 30. III. 1904.<sup>2</sup> «Von dem aufrichtigen Wunsch beseelt, ihren Völkern die Vorteile einer friedlichen politischen und kulturellen Entwicklung durch freundschaftliche und brüderliche Vereinigung dieser Völker zu sichern», vereinbarten die Vertragspartner Erleichterungen des Warenverkehrs, Zollsenkungen mit dem Ziel der Errichtung einer Zollunion, die Aufhebung des Passzwanges, gegenseitige Rechtshilfe und die Verbesserung des Telegrafverkehrs. Unter dem Druck Österreich - Ungarns war Serbien später jedoch gezwungen, sich über die Abmachungen mit Bulgarien hinwegzusetzen.<sup>3</sup> Von bulgarischer Seite wurde dieses Verhalten des Vertragspartners als Vertragsbruch scharf kritisiert; die alten antiserbischen Animositäten entzündeten sich von neuem. Als im Herbst 1906 Stančov an die Spitze des bulgarischen Aussenministeriums trat, begann ein systematischer und planvoll ausgeführter Kampf gegen den serbischen Nachbarn. Bulgarien trat von der geheimen Abmachung zurück, dass zwischen beiden Staaten bis zum Abschluss eines definitiven Handelsabkommens das alte Abkommen von 1897 gelten sollte.<sup>4</sup> Der serbische Export nach Bulgarien, aber auch der Transitverkehr über die bulgarischen Schwarzmeerbahnen ging zum grossen Schaden der serbischen Wirtschaft zurück. Gleichzeitig griff Bulgarien die serbische Mazedonienpolitik in gehässiger Weise an; gerade der Staat, der seit vielen Jahren mit einem grossen Aufwand an Propaganda und terroristischen Aktionen seine chauvinistischen Ziele in Mazedonien zu erreichen suchte, beschuldigte Serbien ungerechtfertigter Expansionsbestrebungen, obgleich der westliche Nachbar nicht — wie Griechenland — den grösseren Teil Mazedoniens beanspruchte, sondern sich nur Altserbien und einen Teil Nordwestmazedoniens als Einflussphäre sichern wollte. Die Spannungen zwischen beiden Staaten erreichten ihren Höhepunkt in den Monaten Mai und Juni des Jahres 1907, als Serbien ernsthaft mit einem bulgarischen Angriff rechnete.<sup>5</sup>

Das Jahr 1908 brachte zwei Ereignisse, die das Verhältnis der Balkan-

2. Text bei *Boghitschewitsch, M.*, Die auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914. (Im Folgenden zitiert als «*Bog.*»), II, Berlin 1929, Nr. 420, S. 5 f.

3. Zu den österreichisch—ungarisch—serbischen Beziehungen vgl. zur ersten Information *Mandl*, Leopold, Österreich - Ungarn und Serbien. Wien 1911.

4. Vgl. die Weisung Milovanovičs an die serbischen Gesandten in Rom, Paris und London, Belgrad, 1909-VII-5. *Bog.* I (Berlin 1928), Nr. 120, S. 121.

5. Die Furcht vor einem bulgarischen Angriff wuchs besonders nach den Drohungen, die der bulgarische Kriegsminister, General Savvov, gegen Serbien hervorgebracht hatte. Vgl. die oben zitierte Weisung Milovanovičs, S. 122.

staaten zueinander und zu den Grossmächten entscheidend beeinflussten: die Annexion Bosniens und der Hercegovina und die jungtürkische Revolution.

Der Verlauf der Annexionskrise belehrte Serbien, dass Russland auf Jahre hinaus nicht genügend vorbereitet sein würde, um mit Aussicht auf Erfolg in einen Krieg eintreten zu können, ohne dessen Ausweitung zu einem europäischen Konflikt zu fürchten. Serbien musste der Freundschaft mit Russland eine neue, vielleicht auch aktionsfähigere, Kombination auf dem Balkan zur Seite stellen, um sich vor weiteren Überraschungen durch Österreich - Ungarn zu schützen. Russland konnte eine solche Politik nur begrüßen: Die Verständigung der Balkanstaaten untereinander würde deren politische und militärische Stärke gegenüber Österreich - Ungarn erhöhen und Russland in diesen Jahren der Schwäche entlasten, wenn aber Russland später seine Vorbereitungen beendet haben und zu einer aktiven Politik imstande sein wird, dann kann ein Balkanbund an der Seite Russlands das Übergewicht der Entente gegenüber den Mittelmächten sichern und gleichzeitig die Türkei in Schach halten.

Mit der Verkündung der bürgerlichen Gleichheit allen Untertanen des Sultans, mit der endgültigen Aufhebung des Millet-Systems und der Begründung eines konstitutionellen Regimes im Gefolge der jungtürkischen Revolution nahm der «Mazedonische Kampf» zwischen Griechen, Bulgaren und Serben vorerst ein Ende; die Bemühungen, die grosse Mehrheit der mazedonischen Bevölkerung als bulgarisch, griechisch oder serbisch zu erweisen, waren gegenstandslos geworden. Als nun die Jungtürken ihr von den Christen zunächst mit Sympathie aufgenommenes Programm der Gleichheit und Gleichberechtigung im Sinne einer «Osmanisierung», d. h. Islamisierung und Türkisierung aller heterogenen Elemente interpretierten und das religiöse und kulturelle Eigenleben der Christen mit Wort und Tat bedrohten, schlossen sich die Feinde von gestern zur gemeinsamen Verteidigung zusammen. Mit der Verbrüderung zwischen Bulgaren, Griechen und Serben im Osmanischen Reich erhielten freilich die Beziehungen zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland nicht sofort den Charakter freundschaftlichen Einvernehmens, aber die wichtigste Voraussetzung für eine Verständigung war geschaffen: Das tägliche Hinmorden Unschuldiger hatte ein Ende genommen.

Serbien und Bulgarien versuchten zunächst, die Möglichkeiten einer loyalen Zusammenarbeit mit der Türkei zu sondieren um auf dem Wege einer freundschaftlichen Verständigung die Lage der Slaven im Osmanischen Staatsverband zu verbessern. In diesem Bestreben kamen ihnen England und Russland entgegen. England sah in einem Übereinkommen zwischen

den Balkanstaaten und der Türkei das beste Mittel, einer etwaigen österreichisch-ungarischen Expansion einen Riegel vorzuschieben und den status quo am Balkan zu erhalten.<sup>6</sup> Im russischen Aussenministerium hatte Čarykov den Plan entwickelt, angesichts der militärischen Schwäche Russlands im Zusammenwirken mit der Türkei Österreich-Ungarn entgegenzuarbeiten und die Meerengen unter russische Kontrolle zu bringen: Russland würde zwischen den christlichen Balkanstaaten und Istanbul vermitteln und für ein Bündnis aller dieser Staaten eintreten. Auf diese Weise würde die Türkei von ihren lästigsten und gefährlichsten Gegnern befreit und hätte Russland zum Dank Konzessionen in der Meerengenfrage zu machen.<sup>7</sup> Izvol'skij schloss sich diesen Gedankengang an und versicherte im Herbst 1900 gelegentlich eines Besuches in Paris dem serbischen Gesandten Vesnić, Russland werde Serbien unterstützen, wenn es sich mit Bulgarien und Montenegro verständigen wolle. «Wir wünschen nicht mehr ein grosses Bulgarien. Eine solche Idee wird jetzt bei uns als Fehler betrachtet», äusserte sich der Minister.<sup>8</sup>

Den Wunsch Serbiens nach einem Übereinkommen mit Bulgarien und der Türkei schenkte die türkische Regierung Aufmerksamkeit und schlug zunächst im Oktober eine Militärkonvention,<sup>9</sup> Anfang November ein regelrechtes Defensivbündnis<sup>10</sup> vor. Den serbisch-türkischen Verhandlungen war allerdings kein Erfolg beschieden, weil die Türken kein Bündnis zur Erhaltung des status quo und zum Zusammenschluss aller Balkanstaaten, sondern zum Angriff auf Bulgarien suchten. Serbien lehnte denn auch den vom 10. XI. datierenden türkischen Vorschlag zur Ergänzung der in Aussicht genommenen Militärkonvention, demzufolge die bei einem siegreichen Feldzug gegen Bulgarien eroberten Gebiete unter den Vertrags-

---

6. Vgl. *Bickel*, Otto, *Russland und die Entstehung des Balkanbundes 1912*. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkriegs. Dargestellt vorwiegend auf Grund des amtlichen Aktenmaterials. Königsberg, Berlin 1933, S. 30 f. (=Osteuropäische Forschungen, hrsg. v. O. Hoetzsch, NF 14). Unten werden einzelne Belege aus den englischen Akten zitiert.

7. *Bickel*, S. 38 ff. Zur Konzeption Čarykovs vgl. dessen Memoiren: *Tscharykow*, N. V., *Glimpses of High Politics*. London 1930, bes. Kap. 17. *Langer*, W., *Russia and the Straits Question and the Origins of the Balkan League 1908 - 1912*. In: *The Political Science Quarterly*, LIII (1928).

8. Vesnić (Paris) an Milovanović; 1908-X-5. *Bog*, I, Nr. 6, S. 5 f.

9. Whitehead (Belgrad) an Grey, 1908-X-26. *British Documents on the Origins of the War, 1898 - 1914*. Hrsg. v. G. P. Gooch und H. Temperley (Im Folgenden als «BD» zitiert), V: *The Near East. The Macedonian Problem and the Annexation of Bosnia, 1903 - 9*. London 1953, Nr. 405, S. 465.

10. Whitehead an Grey, 1908-XI-10. *BD* V, Nr. 440, S. 492 - 494.

partnern geteilt werden sollten, aus drei Erwägungen ab: Erstens müsse das Bündnis allgemeinen Charakter tragen und dürfe sich nicht gegen einen einzelnen Staat richten; zweitens verhindere eine derartige Bestimmung die Bildung einer umfassenden Balkankoalition und drittens würde Europa einer Teilung Bulgariens und der Wiederbesetzung christlicher Gebiete durch die Türken niemals zustimmen.<sup>11</sup> England und Russland beeilten sich, die serbische Regierung in ihrem Entschlusse zu bestärken, weil beide fürchteten, dass ein solches Bündnis Bulgarien an die Seite Österreich-Ungarns treiben und schliesslich zum Kriege führen werde.<sup>12</sup> Trotz des Scheiterns der serbisch-türkischen Verhandlungen gab Russland die Hoffnung auf ein Bündnis der Balkanstaaten mit dem Osmanischen Reich nicht auf. Izvol'skij entwarf diese Konzeption noch einmal in seiner bekannten Rede vor der Duma am 25. XII. 1908;<sup>13</sup> im Juli des folgenden Jahres ging der Schöpfer dieser Idee, Čarykov, als Botschafter nach Istanbul.<sup>14</sup>

Nachdem die serbische Initiative zu nichts geführt hatte, versuchte Russland, ein Übereinkommen zwischen Bulgarien und der Türkei zustandezubringen. Die türkische Regierung hatte nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Serbien schon von sich aus die Bereitschaft zu einer Verständigung mit Bulgarien kundgetan.<sup>15</sup> Russland entschloss sich, durch die Übernahme eines Teils der bulgarischen Schulden an die Türkei einem solchen Übereinkommen vorzuarbeiten.<sup>16</sup> Über Vereinbarungen rein wirtschaftlichen Inhalts kamen die bulgarisch-türkischen Gespräche jedoch nicht hinaus und die Entwicklung der innenpolitischen Situation des Osmanischen Reiches sollte im Laufe der nächsten Jahre zeigen, dass ein dauerhaftes Bündnis mit Istanbul zu akzeptablen Bedingungen nicht zu erreichen war.

Nicht weniger dornig erwies sich das Problem einer Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien. Izvol'skij hatte noch vor der Entsendung

---

11. Whitehead an Grey, 1908-XI-13. *BD* V, Nr. 443, S. 496.

12. Grey an Whitehead, 1908-XII-1. *BD* V, Nr. 468, S. 514. Whitehead übermittelte am 2. XII. Milovanović ein entsprechendes Aide-Mémoire: Whitehead an Grey, 1908-XII-10. *Ebenda*, Nr. 482, S. 525 f. (Dort der Text des Aide-Mémoires). Nicolson (Petersburg) an Grey, 1908-XII-1. *Ebenda*, Nr. 470, S. 515. Vgl. Unterstaatssekretär Hardinge an Nicolson, 1908-XII-6. *Ebenda*, Nr. 476, S. 520 f.; Grey an Nicolson, 1908-XII-7. *Ebenda*, Nr. 477, S. 521.

13. *Nikolaides*, Kleantes, Griechenlands Anteil an den Balkankriegen 1912/13. Wien, Leipzig 1914, S. 24; *Bickel*, S. 41.

14. *Bickel*, S. 70.

15. Cartwright (Wien) an Grey, 1909-I-17. *BD* V, Nr. 517, S. 566; desgl. 1909-I-13. *Ebenda*, Nr. 513, S. 564; Grey an Cartwright, 1909-I-16. *Ebenda*, Nr. 515, S. 564 f.

16. *Bickel*, S. 53 ff.

Čarykovs nach Istanbul den Bruder des russischen Justizministers Čglovitov mit dem Auftrag nach Sofia geschickt, den Bulgaren die Vorteile eines Zusammengehens mit Serbien vor Augen zu führen.<sup>17</sup> Gleichzeitig wies auch England die Sofioter Regierung auf diese Möglichkeiten hin.<sup>18</sup>

In Bulgarien wurden die englischen und serbischen Sondierungen nicht eben begeistert aufgenommen. Die Regierungspartei (Demokraten), die Kreise der sogenannten «mazedonischen Emigration», die beiden Nachfolgeparteien der Stambulovisten (Radoslavovisten und Tončevisten) kurz, alle nicht «russophilen» Parteien unterstützten das von Ferdinand und den Demokraten geprägte Dogma der «politique d'oscillation», des Lavierens zwischen Entente und Mittelmächten.<sup>19</sup> Diese Gruppe glaubte, es sei gefährlich, sich durch ein Bündnis mit Serbien an die Seite Russlands, Englands und Frankreichs zu stellen, da, wie die Annexionskrise gezeigt habe, die Macht auf der Seite Deutschlands und Österreich - Ungarns liege und Russland im entscheidenden Augenblick nicht über genügend Kräfte verfüge, um seinen Wünschen und Vorstellungen Geltung zu verschaffen. Internationale Krisen endeten daher mit Konzessionen der Entente zu Lasten der kleinen Balkanstaaten.<sup>20</sup> Im Gegensatz dazu forderte die Opposition (Cankovisten, Stojlovisten und die beiden Linksparteien) den Anschluss an die Entente. Falls Serbien eines Tages mit bulgarischer und russischer Unterstützung Bosnien und die Hercegovina erhalte, könnte Bulgarien als Entschädigung Mazedonien fordern. Die Opposition fürchtete vor allem, dass ein isoliertes Serbien nur allzu leicht das Opfer der österreichisch-ungarischen Expansionsbestrebungen sein würde. Eine gemeinsame Grenze mit der Habsburger-Monarchie aber trüge den Charakter einer ständigen Bedrohung Bulgariens —ein Gedanke, der in den folgenden Jahren immer mehr Anhänger finden sollte.

Der bulgarische Aussenminister Paprikov, der einzige «russophile» Minister im Kabinett Malinov, konnte sich den Argumenten der Opposition nicht völlig verschliessen. Obgleich er während eines Besuches in Wien dem serbischen Gesandten Georg Simić erklärt hatte, ein politisches Bündnis der Balkanstaaten sei ein frommer Wunsch, da man die Mittelmächte im

17. *Bickel*, S. 50.

18. Milovanović (London) an das Aussenministerium Belgrad, 1908-X-29. *Bog. I*, Nr. 22, S. 24.

19. Über die aussenpolitischen Konzeptionen der bulgarischen Parteien vgl. *Radoslawoff*, V. Bulgarien und die Weltkrise. Berlin 1923.

20. Vgl. die ausgezeichnete Analyse der aussenpolitischen Theorien in Bulgarien durch das Belgrader Aussenministerium vom 5. VII. 1909 bei *Bog. I*, Nr. 120, S. 125 f.

Augenblick der Schwäche Russlands provozieren würde,<sup>21</sup> erschien ihm doch die Aussicht, mit serbischer Hilfe die mazedonische Frage aufzurollen, verlockend. So wies er den bulgarischen Gesandten in Belgrad, Tošev, am 7.1.1909 an zu erkunden, ob Serbien Bulgariens Unterstützung im Kampf gegen Österreich-Ungarn oder gegen die Türkei suche. Sollte sich die aussenpolitische Konzeption der serbischen Regierung in erster Linie gegen die Türkei richten, so müsse Bulgarien schnell handeln.<sup>22</sup> Das Ziel, das Paprikov vor Augen hatte, war die territoriale Erweiterung Bulgariens gemäss den im San Stefano-Vertrag festgelegten Grenzen. Der Minister rechnete damit, dass sich das Osmanische Reich nicht mehr erholen und auch die «konstitutionelle Komödie», wie er sich ausdrückte, bald zu Ende gehen werde. Im Schlussakt dieser Komödie komme der Moment der Liquidierung der europäischen Türkei; Mazedonien müsse dann entweder den Autonomiestatus erhalten oder unter die Balkanstaaten aufgeteilt werden.<sup>23</sup>

Im Gegensatz zur bulgarischen Regierung sah der serbische Aussenminister Milovanović in dem von Russland vorgeschlagenen Bündnisprojekt, dessen Verwirklichung nur die Folge einer voraufgehenden Bereinigung der serbisch-bulgarischen Beziehungen sein würde, die Chance zu einer aktiven Politik Serbiens vor allem gegenüber Österreich-Ungarn. Nach der Annexion Bosniens und der Hercegovina konnten die Hoffnungen der serbischen Politiker auf die Errichtung eines grossserbischen Reiches nur dadurch lebendig gehalten werden, dass durch grossserbische Propaganda unter den Südslawen der Habsburger-Monarchie der Gedanke der Vereinigung vor allem der beiden kürzlich annektierten Provinzen mit Serbien verbreitet und trotz der vollzogenen Annexion der Verbleib Bosniens und der Hercegovina bei Österreich-Ungarn als eine «offene Frage» behandelt würde. Serbien allein, so sagte der Aussenminister später seinen bulgarischen Verhandlungspartnern, übe jedoch auf die Südslawen Österreich-Ungarns keine Anziehung aus, weil diese ein höheres Niveau kultureller Entwicklung erreicht hätten; im Falle eines politischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit Bulgarien aber erhielten die beiden südslawischen Staaten ein solches politisches Gewicht, dass unter den Connationalen im Verband der Habsburger-Monarchie der Wunsch nach Vereinigung mit Serbien geweckt würde.<sup>24</sup>

21. *Ebenda*, S. 127.

22. Ministerstvoto na vojната. Štab na armijata. Voenno-istoričeska komisija. Vojnata meždu Bŭlgarija i Turcija 1912 - 1913 god. I: Podgotovka na vojната, Sofija 1937 (Im Folgenden zitiert als «Vojnata 1912-13»), S. 36.

23. Paprikov an den bulgarischen Gesandten in Belgrad, Tošev, 1909-I-15. Vojnata 1912 - 13, S. 37 f.

24. *Ebenda*, S. 36 f.

Milovanović konnte jedoch noch nicht alle serbischen Politiker für seine Ansichten gewinnen und begegnete vor allem der bulgarophoben Opposition Pašićs, der den Bulgaren die dem Berliner Vertrag zuwiderlaufende Verkündung der Unabhängigkeit gerade zu dem Zeitpunkt, da die Serben die strikte Einhaltung des Berliner Vertrages als Argument gegen die Annexion vorbrachten, nicht verziehen hatte.<sup>25</sup>

Die ersten Sondierungen in Sofia und Belgrad beschränkten sich auf die Erörterung allgemeiner Fragen der zukünftigen politischen Entwicklung, ohne dass von einer Seite konkrete Vorschläge unterbreitet oder Forderungen und Erwartungen formuliert worden wären.<sup>26</sup> Anfang Februar 1909 berichtete der bulgarische Gesandte in Belgrad mit vagen Worten, die serbischen Politiker hätten Altserbien und gewisse Gebiete Mazedoniens im Auge, zu denen auch der Sancak Üsküb/Skopje gehöre.<sup>27</sup> Den Serben war im Grunde daran gelegen, einen Bundesgenossen gegen Österreich-Ungarn zu finden. Da aber der allgemeine Verfall des osmanischen Staatswesens und die gerade in jener Zeit sich häufenden Krisen und Erschütterungen, von denen die europäischen Provinzen der Türkei heimgesucht wurden, nach der Meinung der serbischen Politiker Österreich-Ungarn die Gelegenheit zur Intervention und Expansion im Balkanraum bieten könnten, begann Belgrad, seine Blicke mehr gegen Süden als gegen Norden zu richten. Hier ergaben sich nun Möglichkeiten zum Zusammenwirken mit Bulgarien, das allein an der Ausdehnung auf Kosten der Türkei interessiert war. In einem langwierigen Prozess sollte Bulgarien seine opportunistische Politik aufgeben und sich eindeutig auf die Seite Serbiens stellen, um seine nationalen Ziele mit grösserer Konsequenz als bisher zu verfolgen.

Der erste vorsichtige Schritt zu dieser Wende der bulgarischen Aussenpolitik war die Reise Ferdinands nach Petersburg 1909 anlässlich des Begräbnisses des Grossfürsten Vladimir. Bei dieser Gelegenheit erklärte der bulgarische Herrscher, zwischen seinem Land und Österreich - Ungarn bestünden keine gegen Serbien gerichteten geheimen Vereinbarungen.<sup>28</sup>

25. In einem Gespräch mit Izvol'skij sagte Pašić seinen eigenen Aufzeichnungen zufolge: »Bulgarien hat die slawische Solidarität verleugnet, indem es sich mit dem Feinde des Slawentums, und besonders des serbischen Volkes, verbunden hat. Es hat uns . . . verraten, denn es hätte nach unserem Bündnisvertrag (von 1904. GH.) nichts tun dürfen, was den status quo am Balkan verändert.« *Bog.* I, Nr. 24, S. 29.

26. Bulgarien gab lediglich zu verstehen, dass die Anerkennung der Unabhängigkeit durch Serbien Voraussetzung für ein Defensivbündnis sei. Whitehead (Belgrad) an Grey, 1909-II-3. *BD V*, Nr. 553, S. 587 f.

27. Tošev (Belgrad) an Paprikov, 1909-II-4. *Vojnata* 1912 - 13, S. 38.

28. Popović (Petersburg) an Milovanović, 1909-II-28. *Bog.* I, Nr. 61, S. 65.

Izvol'skij nahm diese Versicherung zum Anlass, Bulgarien wiederum ausenpolitische Unterstützung (besonders für die internationale Anerkennung seiner Unabhängigkeit) in Aussicht zu stellen, falls es freundschaftliche Beziehungen zu Serbien anknüpfte.<sup>29</sup>

Trotz des russischen Druckes brachten die Gespräche zwischen Belgrad und Sofia keinen Fortschritt. Während seines Besuches in Sofia gewann Milovanović lediglich den Eindruck, dass Serbien und Bulgarien gemeinsame politische Interessen haben, die auf die Notwendigkeit einer engeren Verbindung hinweisen.<sup>30</sup> Serbien versicherte England, Russland und Bulgarien seiner Bereitschaft zu Verhandlungen,<sup>31</sup> Bulgarien aber konzentrierte sich auf diplomatische Aktionen zur Anerkennung seiner Unabhängigkeit. Der bulgarische Ministerpräsident Malinov liess Milovanović wissen, dass seine Regierung trotzdem geneigt sei, die serbischen Vorschläge anzuhören.<sup>32</sup> Auffällig ist hier das Doppelspiel der bulgarischen Diplomatie, die in Petersburg die Politik der Solidarität mit Serbien verkündete,<sup>33</sup> auf entsprechende Vorschläge Serbiens aber ausweichend antwortete und sogar durchblicken liess, dass sie die Diskussion des ganzen Fragenkomplexes aufzuschieben wünsche.<sup>34</sup> Verantwortlich für diese unschlüssige Haltung Bulgariens war in erster Linie Ferdinand selbst. Zwar zeigte er sich geneigt, das seit dem Besuch in Petersburg sich entwickelnde freundschaftliche Verhältnis zu Russland enger zu gestalten,<sup>35</sup> wollte aber nicht durch feste Abmachungen und eindeutige Demonstrationen der Freund-

29. Popović ebenda.

30. Strandtmann (Sofia) an Izvol'skij, 1909-III-13. *Siebert, B., Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel. Berlin, Leipzig 1928* (Im Folgenden zitiert als «Benckendorff»). I, Nr. 42, S. 68; *Bog. II*, Nr. 470, S. 79.

31. Milovanović an Gruić (London), 1909-IV-14. *Bog. I*, Nr. 100, S. 103 f.; Gruić an Milovanović 1909-IV-15. *Ebenda*, Nr. 101, S. 104; Milovanović an Gruić, 1909-IV-20. *Ebenda*, Nr. 103, S. 105; Sementovskij - Kurillo (Sofia) an Izvol'skij, 1909-IV-16. *Benckendorff I*, Nr. 70, S. 102, *Bog. II*, Nr. 484, S. 88; Izvol'skij an Sementovskij - Kurillo, 1909-IV-18. *Benckendorff I*, Nr. 71, S. 102, *Bog. II*, Nr. 486, S. 89.

32. Sementovskij - Kurillo an Izvol'skij, ebenda. Die Arroganz der bulgarischen Regierung, die Vorschläge «anhören» wollte, ohne sie zu diskutieren, wurde in Belgrad übel vermerkt.

33. Izvol'skij an Sergeev (Belgrad), 1909-IV-18. *Benckendorff I*, Nr. 72, S. 103, *Bog. II*, Nr. 487, S. 89 f.

34. Sergeev an Izvol'skij, 1909-V-25. *Bog. II*, Nr. 493, S. 93. Die Behauptung der Autoren der Geschichte des bulgarisch - türkischen Krieges, Serbien habe auf die bulgarischen Fragen keine konkreten Auskünfte erteilt (Vojnata 1912 - 13, S. 37), lässt sich also nicht aufrechterhalten.

35. Sementovskij - Kurillo (Sofia) an Izvol'skij, 1909-V-4. *Benckendorff I*, Nr. 74, S. 105, *Bog. II*, Nr. 491, S. 92.

schaft die Mittelmächte reizen. Ohne klare Vereinbarungen mit Russland, d. h. ohne Rückendeckung erschien es Ferdinand gefährlich, Verpflichtungen Serbien gegenüber einzugehen. Die ängstliche Vorsicht Ferdinands und der Sofioter Regierung, aber auch das Misstrauen gegen den slawischen Nachbarn wurde so weit übertrieben, dass aus der Rede, die Sveta Simić anlässlich der Überreichung des neuen Beglaubigungsschreibens an den «Zaren» des nunmehr unabhängigen Bulgariens halten sollte, ein Passus mit panslavistischen Parolen und einer Anspielung auf die serbischbulgarische Verständigung auf bulgarischen Wunsch gestrichen wurden.<sup>36</sup> Belgrad musste sich überdies noch Brüskierungen und unhöfliche Gesten Ferdinands gefallen lassen.<sup>37</sup>

Der russische Gesandte in Belgrad, Sergeev, unterbreitete seiner Regierung im April 1909 einen Vorschlag, wie eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens hergestellt und das serbisch-bulgarische Gespräch belebt werden könnte: Die Annäherung zwischen beiden Staaten solle schrittweise, und zwar durch Diskussionen und Abmachungen über zweitrangige Fragen wirtschaftlicher Natur (Eisenbahnverbindungen, Münzeinheit usw.) erfolgen. Gespräche über politische Probleme würden die Verhandlungen nur unnötig erschweren und deren Resultat in Frage stellen.<sup>38</sup> Obgleich der bulgarische Ministerpräsident Malinov gegenüber den serbischen Sondierungen seinen eigenen Worten zufolge Zurückhaltung übte,<sup>39</sup> hatte er diese Taktik schon längst befolgt. Zunächst wurde eine Vereinbarung über den Gebrauch des kyrillischen Alphabets im Telegrafatenverkehr zwischen beiden Staaten getroffen;<sup>40</sup> Verhandlungen über andere Themen untergeordneter Bedeutung sollten folgen.

36. Der Passus lautete: «Die slawische Solidarität, die Stimme des Blutes, die gemeinsamen Leiden und Hoffnungen und mehr als alles das — der unerschütterliche Glaube an unser Schicksal lassen uns den bulgarischen Erfolg (d. h. die Erringung der Unabhängigkeit. GH.) als eine wichtige Unterlage unserer gemeinsamen Zukunft begrüßen». Sergeev (Belgrad) an Izvol'skij, 1909-VI-8. *Benckendorff I*, Nr. 82, S. 115, *Bog. II*, Nr. 495, S. 94 f.

37. Sergeev ebenda. Hartwig (Belgrad) an Izvol'skij, 1909-X-28: *Benckendorff I*, Nr. 103, S. 147, *Bog. II*, Nr. 200, S. 104. An Hand der Quellen ist leicht zu erkennen, wie unsinnig die Behauptung *Žeborickijs* ist, der «deutsche Agent» Ferdinand trage die Hauptschuld am Ausbruch des 1. Balkankrieges (Bolgarija nakanune Balkanskich vojn, 1912 - 1913 g. Kiev 1960, S. 19, 66).

38. Sergeev an Izvol'skij, 1909-IV-27. *Bog. II*, Nr. 490, S. 91, *Benckendorff I*, Nr. 73, S. 104.

39. Generalkonsul Buchanan (Sofia) an Grey, 1909-IV-16. *BD IX: The Balkan Wars, 1: The Prelude. The Tripolis War*. London 1933, Nr. 4, S. 4.

40. Whitehead an Grey, 1909-V-12. *BD IX 1*, Nr. 10, S. 8. Vgl. Protokolle der russischen Gesandtschaft in Belgrad, 1909-II-13. *Bog. II*, S. 573.

Trotzdem wäre es ganz irrig anzunehmen, auf dem Wege wirtschaftlicher Vereinbarungen und Verträge hätte das Misstrauen zwischen Belgrad und Sofia beseitigt und ein Klima freundschaftlichen Einvernehmens hergestellt werden können. Was beide Staaten trennte, waren ja nicht nur Ressentiments und politischer Hader vergangener Jahre, deren Nachwirkungen durch schrittweise Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiet im Sinne Sergeevs und durch symbolische Gesten leicht beseitigt worden wären. Die «politique d'oscillation» und die auffälligen Bemühungen Ferdinands und Malinovs um gute Beziehungen zu Wien riefen ungeachtet der serbisch-bulgarischen Gespräche und der russisch-bulgarischen Annäherung immer wieder von Neuem grosses Misstrauen in Belgrad hervor.<sup>41</sup> Aber selbst im Falle ernsthafter Verhandlungen beider Staaten bestand die Gefahr, dass die chauvinistischen Ambitionen Bulgariens, dessen Regierungen Jahrzehnte hindurch unter dem Druck der IMRO und anderer terroristischer mazedonischer Organisationen handelten, die Möglichkeit einer Vereinbarung in Frage stellen würden.

Immerhin gelang es den einflussreichsten Anhängern des Gedankens einer Verständigung mit Serbien, Aussenminister Paprikov und dem bulgarischen Gesandten in Rom, Ricov,<sup>42</sup> im Verein mit der russischen Diplomatie bei Ferdinand und Malinov mehr Sympathie für die serbischen Bündnisfühler zu wecken. Der König liess sich Ende 1909 zu zwei freundlichen Gesten gegenüber Serbien herbei: Im Oktober unternahm er einen «wissenschaftlichen» Ausflug auf den in Serbien gelegenen Kapaonik und begegnete bei dieser Gelegenheit dem serbischen Thronfolger Alexander;<sup>43</sup>

---

41. Belgrad fürchtete, Bulgarien habe mit Österreich - Ungarn ein Übereinkommen gegen Serbien geschlossen und setzte seinen diplomatischen Apparat in Bewegung, um Näheres darüber zu erfahren. Obgleich alle Grossmächte betonten, dass keine solide Nachricht und kein Indiz dieses Gerücht bestätige, fiel es den Serben sehr schwer, von der Verdächtigung Bulgariens abzustehen. Vgl. den Rund-erlass über das Verhalten der Gesandtschaften bezüglich einer serbisch - bulgarischen Verständigung. Beilage zur Weisung Milovanovičs an die Gesandten in Petersburg, London, Paris und Rom, 1909-VII-20. *Bog.* I, Nr. 121, S. 129 - 135. Zur Übermittlung des Inhalts an die russische Regierung vgl. *Bog.* II, Nr. 496, S. 95 - 99, *Benckendorff* I, Nr. 93, S. 130 ff., desgl. an die englische Regierung *BD IX* 1, Nr. 52, S. 57 f. — Besonders in London beklagten sich die Serben über die austrophile Politik Bulgariens: *BD*, ebenda. Vgl. Gruič (London) an Milovanovič, 1909-IX-9. *Bog.* I, Nr. 124, S. 137. Grey an den 1. Sekretär der britischen Gesandtschaft in Belgrad, Hamilton, 1909-IX-16. *BD* ebenda, Nr. 54, S. 59 f.

42. Über die Ansichten Paprikovs vgl. oben, Anm. 21 - 23, über die Ricovs vgl. Rodd (Rom) an Grey, 1909-V-8. *BD IX* 1, Nr. 8, S. 6 f.

43. Auszüge aus den Protokollen des Archivs der russischen Gesandtschaft in Belgrad. Geheimbericht Nr. 74, 1909 - X - 26: *Bog.* II, S. 557.

am 26. XI. unterbrach er in Belgrad seine Rückreise von Wien nach Sofia, um König Peter einen Besuch abzustatten.<sup>44</sup> Gleichzeitig führte Bulgarien Verhandlungen mit Russland über den Abschluss einer Militärkonvention, um bei weiteren politischen Aktionen eine Rückendeckung zu haben. In Petersburg war man vorsichtig genug, den Bulgaren nicht mehr zu versprechen, als die aussenpolitischen Traditionen Russlands ohnehin forderten, nämlich die Erhaltung der bulgarischen Eigenstaatlichkeit; dem kleinen Schützling durch weitergreifende Abmachungen die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa zu überlassen, entsprach durchaus nicht dem russischen Interesse. So zogen sich die Verhandlungen bis zum Sommer 1910 hin, ohne zu einem Ergebnis zu führen.<sup>45</sup> Russland sorgte lediglich für die Abschirmung des Balkanraumes gegen die Intervention oder Expansion irgendeiner Grossmacht und konnte sich die Zustimmung Italiens zu diesem Prinzip seiner Balkanpolitik im Abkommen von Racconigi sichern.<sup>46</sup>

Die Regierung Malinov sah nun, dass Russland zu einer «aktiven» Balkanpolitik im Sinne einer gewaltsamen Änderung des status quo vorerst nicht bereit war und Bulgarien nur die Chance blieb, Serbien als Bundesgenossen zu gewinnen. Breite Kreise der Öffentlichkeit gaben ihrer Furcht vor weiteren österreichisch-ungarischen Aktionen im Balkanraum immer deutlicheren Ausdruck. Innerhalb der Regierungspartei (Karavelovisten) selbst regten sich Stimmen gegen die österreichfreundliche Politik Ferdinands vor allem unter den Vertretern der Wirtschaft. Danailov, Professor an der Universität Sofia, Abgeordneter der Demokraten (Karavelovisten) und einer der angesehensten Nationalökonomen des Landes, wies in verschiedenen Publikationen daraufhin, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn der während des vertraglosen Zustandes aufgebauten Industrie, insbesondere der Schuhproduktion, zum Schaden gereichen würde, während andererseits der einzige bedeutende Exportartikel Bulgariens, Lebewild, infolge der österreichisch-ungarischen Agrartarif- und Zollpoli-

---

44. Hartwig (Belgrad) an Izvol'skij, 1909-XI-26. *Bog.* II, Nr. 507, S. 114 f., *Benckendorff* I, Nr. 123, S. 174; *Vojnata* 1912 - 13, S. 39: — Es ist bezeichnend für den Charakter Ferdinands und seiner politischen Mittel, dass er sich bei Hartwig beklagte, man könne mit den Serben nicht verhandeln, weil die Belgrader Regierung alle Geheimnisse Wien mitteile (!): Hartwig, ebenda.

45. *Bickel*, S. 55 f.

46. Zum Abkommen von Racconigi vgl. Tschirschky (Wien) an Bethmann Hollweg, 1909-X-30. *Bog.* II, Nr. 501, S. 105 - 108. Text des Abkommens ebenda, S. 105, Anm. 2. — Milovanović (Rom) an das Belgrader Aussenministerium, 1909-XI-3. *Bog.* I, Nr. 128, S. 144 f.; Stanojević (Petersburg) an das Aussenministerium, 1909-XI-4. *Ebenda*, Nr. 129, S. 145.

tik vom Markt der Doppelmonarchie ausgeschlossen sei: Wenn selbst das von Österreich-Ungarn und Deutschland umworbene Rumänien in dieser Frage keine Konzessionen erhalten konnte, sei für Bulgarien in Wien erst recht nichts zu holen. Das Lebensinteresse Bulgariens gebiete vielmehr, ein wirtschaftliches und anschliessend auch ein politisches Übereinkommen mit anderen Balkanstaaten, insbesondere mit Serbien, zu erstreben. Danailov gab mit diesen Ausführungen der in gleichem Sinn abgefassten Resolution des bulgarischen Händlerkongresses besonderes Gewicht.<sup>47</sup>

Milovanović und Paprikov waren gleichermassen überzeugt, dass die Türkei aus der inneren Krise nicht mehr herauskommen und über kurz oder lang die Liquidierung der türkischen Herrschaft in Europa möglich, ja notwendig sein werde.<sup>48</sup> Bulgarien und Serbien stünden daher vor der Frage, wie in diesem Falle das den Türken abgenommene Gebiet unter beiden Staaten aufgeteilt werden solle. Da alle Gespräche zwischen Belgrad und Sofia bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt hatten, weil Bulgarien für den Fall eines erfolgreichen Krieges gegen die Türkei mehr Gebiete Mazedoniens für sich beanspruchte, als die Serben zu konzedieren bereit waren, machte die serbische Regierung gegen Ende 1909 neue Vorschläge, denenzufolge nicht die Aufteilung ganz Mazedoniens, sondern nur die Annexion solcher Gebiete vorzusehen sei, die nach dem übereinstimmenden Urteil beider Partner von einer bulgarischen bzw. serbischen Majorität besiedelt waren, während für den grösseren Teil Mazedoniens Sphären kulturellen Einflusses festgelegt werden sollten. Aus diesem Vorschlag geht nicht hervor, wie man sich den status des nichtannektierten Gebietes vorstellte, d.h. ob die Errichtung eines autonomen mazedonischen Staates oder das Verbleiben Restmazedoniens bei der Türkei beabsichtigt war.<sup>49</sup>

Angesichts der russischen Zurückhaltung und unter dem obenangedeuteten Druck einflussreicher Kreise schien den Bulgaren dieser Vorschlag

---

47. Simić (Sofia) an Milovanović, 1909-VI-25. *Bog.* I, Nr. 119, S. 118 - 120.

48. Vgl. Korff (Rom) an Izvol'skij, 1909-XI-9. *Benckendorff* I, Nr. 111, S. 160ff., *Bog.* II, Nr. 505, S. 112 f. Hamilton (Belgrad) an Grey, 1909-IX-27, *BD IX* 1, Nr. 59, S. 62 - 64.

49. Entsprechende Andeutungen machte Milovanović am 25. IX. zu Hamilton, vgl. dessen oben zitierten Bericht an Grey vom 27. IX. 1909, S. 62 f. Vgl. ferner Gruić (London) an Milovanović, 1909-XI-29. *Hog.* I, Nr. 130, S. 147; Tschirschky (Wien) an Bethmann Hollweg, 1909-XI-30. *Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871 - 1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes.* Hrsg. v. J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy, F. Thimme (im Folgenden zitiert als *GP*). XVII 1: Zwischen den Balkankrisen 1909 - 1911. Berlin 1927, Nr. 9736, S. 169 f.; Wangenheim (Athen) an Bethmann Hollweg, 1909-XII-11. *Ebenda*, Nr. 9739, S. 172 f.

als Diskussionsgrundlage akzeptabel, obgleich England in ihm eine Gefahr für die Integrität des Osmanischen Reiches sah<sup>50</sup> und Russland noch immer an der Čarykovschen Konzeption der Einbeziehung der Türkei in das Bündnissystem folgte.<sup>51</sup>

Die sich sofort verbreitenden Gerüchte, dass bei den serbisch-bulgarischen Verhandlungen Fortschritte erzielt worden seien und greifbare Chancen zur Bereinigung der Divergenzen über die Zukunft Mazedoniens bestünden,<sup>52</sup> erhielten im folgenden Jahre ihre Bestätigung, als am 24. Januar 1910 der serbische Thronfolger Alexander den Besuch Ferdinands in Belgrad erwiderte<sup>53</sup> und im Sommer desselben Jahres sich die Herrscher beider Staaten anlässlich des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums Nikolas von Montenegro in Cetinje trafen.<sup>54</sup> Schon im Februar, nach dem Besuch Alexanders in Sofia, beurteilte Milovanović die Situation so günstig, dass er auf Hartwigs Rat hin selbst nach Bulgarien reiste, um mit Malinov zu verhandeln.<sup>55</sup> Ferdinand und Paprikov, denen Ende Februar gelegentlich ihres Besuches in Petersburg eine deutliche Warnung vor kriegerischen Aktionen gegen die Türkei zuteil geworden war,<sup>56</sup> wussten das serbische Interesse jetzt besser zu schätzen. Sie griffen das serbische Projekt der Annexion nur bestimmter Teile Mazedoniens auf und deuteten es in dem Sinne, dass das nicht zu annektierende Gebiet den Autonomiestatus erhalten solle.<sup>57</sup> Immer mehr liessen sich die Serben auf die bulgarischen Pläne

---

50. Vgl. die Randbemerkungen Greys und Hardinges zu dem oben zitierten Bericht Hamiltons an Grey vom 27. IX. 1909, S. 64.

51. *Nikolaides*, S. 24. Istanbul war indessen an einem Bündnis mit Serbien und Bulgarien nicht interessiert. Aussenminister Rifa'at Paşa erklärte mit stolzer Zurückhaltung, das Prestige der Türkei als Grossmacht erlaube nicht, dass sie die Initiative zu Verhandlungen ergreife. Die kleinen Balkanstaaten sollten von sich aus Vorschläge machen. Wie dergleichen in Istanbul aufgenommen wurde, hatte man allerdings 1908 gesehen; die antibulgarische Attitude der türkischen Aussenpolitik hatte sich inzwischen nicht geändert: Rifa'at Paşa zeigte sich vielmehr an einem Bündnis mit Rumänien gegen Bulgarien interessiert. Vgl. dazu Marschall (Istanbul) an Bethmann Hollweg, 1909-XII-4. *Bog.* II, Nr. 510, S. 117 f., *GP* XXVII 1, Nr. 9737, S. 170 f.

52. Sogar der deutsche Botschafter in Wien, Tschirschky, hatte dies von einem Vertrauensmann in der russischen Botschaft vernommen: Tschirschky an Bethmann Hollweg, 1909-XI-30. *GP* XXVII 1, Nr. 9736, S. 169 f., *Bog.* II, Nr. 509, S. 116 f.

53. *Bickel*, S. 70 f.

54. *Nikolaides*, S. 25.

55. *Vojnata* 1912 - 13, S. 40.

56. *Bickel*, S. 58. Vgl. *Vojnata* 1912 - 13, S. 40.

57. Milovanović äusserte sehr bald seine Zweifel, ob das Autonomiestatut praktikabel sei: *Vojnata* 1912 - 13, S. 38 f.

einer bewaffneten Intervention in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches ein. Die Besuche Milovanovičs und König Peters in Istanbul in den ersten Monaten des Jahres 1910 erfolgten ohne Hoffnung auf ein Übereinkommen mit der türkischen Regierung und stellten schlecht verhüllte Versuche dar, das türkische Misstrauen gegen die bulgarisch-serbischen Verhandlungen zu zerstreuen.<sup>58</sup>

Die Jungtürken verstanden jedoch nicht, selbst diese Gesten zur Verbesserung der Beziehungen zu den christlichen Balkanstaaten in irgendeiner Weise auszunutzen und durch eine korrekte Politik den christlichen Untertanen gegenüber jeden Anlass zu Spannungen zu vermeiden. Ganz im Gegenteil trugen sie mit ihren Ausschreitungen gegen die slawische Bevölkerung Mazedoniens im Verlauf der sogenannten «Befriedungsaktion» wider die aufständischen Albaner dazu bei, dass die serbische Regierung auf eine baldige Intervention in den europäischen Provinzen zu drängen begann. Anfang Dezember 1910 legte Simić dem bulgarischen Kabinett drei Fragen zur Beantwortung vor:

- 1) Ist angesichts der Türkisierungs = und Islamisierungspolitik der Jungtürken in den europäischen Landesteilen nicht die Zeit zu einer endgültigen Verständigung der Balkanstaaten gekommen?
- 2) Wenn dem so ist, hält die bulgarische Regierung die Balkanstaaten für stark genug, selbständig ihre Interessen gegenüber der Türkei zu vertreten?
- 3) Von welcher europäischen Mächtegruppe hätten die Balkanstaaten Unterstützung zu erwarten?<sup>59</sup>

Malinov wich einer klaren Antwort aus; die Ursache für dieses abermalige Zögern ist sicher darin zu suchen, dass Milovanovič unterdessen offen Ansprüche auf Ūsküb/Skopje, Prilep, Veles und Ohrid erhoben hatte, auf Gebiete also, die von der bulgarischen Propaganda längst als bulgarisch reklamiert worden waren.<sup>60</sup> Das Kabinett Malinov fand allerdings

---

58. *Bickel*, S. 77 f. Die Warnung Simićs, dass Serbien an keiner Aktion Bulgariens gegen die Türkei teilnehmen werde, erfolgte auf die eigene Initiative des Gesandten, wie dieser dem englischen Gesandten Findlay selbst gestand: Findlay an Grey, 1910-VI-8. *BD IX 1*, Nr. 157, S. 177.

59. Findlay an Grey, 1910-XII-7. *BD IX 1*, Nr. 200, S. 231 f.

60. Militärattaché Napier (Belgrad) an Barclay, 1910-XII-17. Beilage zum Bericht Barclays an Grey, 1910-XII-17. *BD IX 1*, Nr. 302, S. 235. Mitteilung Milovanovičs an den bulgarischen Gesandten in Belgrad, Tošev, 1911-IV-3: *Vojnata 1912 - 13*, S. 42. Der russische Gesandte in Sofia, Sementovskij - Kurillo, hatte schon am 25. XI. ungeduldig Sazonov geschrieben, die Einigung der Balkanstaaten werde nur möglich sein, wenn Russland diese Angelegenheit in die eigenen Hände nehme. Diese Bemerkung enthält eine Spitze gegen Bulgarien, denn in demselben Berichte

keine Zeit mehr, Serbien weitere Schwierigkeiten zu bereiten: Am 24. März 1911 bildete Gešov eine neue Regierung, in der er selbst als Ministerpräsident und Aussenminister wirkte.<sup>61</sup> Jetzt sollten die serbisch-bulgarischen Bündnisverhandlungen in eine neue Phase eintreten.

Beide Parteien, die im Kabinett Gešov vertreten waren, die von Gešov selbst geführte «Nationalpartei» (Stojlovisten) und die Partei des neuen Parlamentspräsidenten Danev (Čankovisten), repräsentierten den radikal russophilen Flügel der bulgarischen politischen Organisationen.<sup>62</sup> Das bedeutete nicht nur, dass die neue Regierung Vorstellungen und Ratschläge von russischer Seite mit grösserer Sorgfalt und Sympathie prüfte als das Kabinett Malinov, sondern vor allem, dass Sofia sich jetzt in stärkerem Masse panslavistischer Parolen und Schlagworte bediente und auf diese Weise eine günstige Atmosphäre für die Verhandlungen mit Serbien schuf. Jedoch darf man diese beiden Charakteristica des politischen Stils Gešovs und Danevs — die Parole der Solidarität mit Russland und die Benutzung des Vokabulars der Panslavisten — in ihrem Wert für die Lösung der konkreten Fragen nicht überschätzen. Im Augenblick des Konfliktes zwischen nationalen Interessen und russischen Wünschen war die bulgarische Regierung keineswegs geneigt, sich Petersburg zu fügen, oder gar ihre politischen Ziele allgemeinen Schlagworten und leeren panslavistischen Phrasen einiger Intellektueller unterzuordnen.

Gešovs sofort unternommene Versuche, gemäss den russischen Plänen mit der Türkei zu einem Abkommen zu gelangen, scheiterten an der türkischen Forderung, beide Partner sollten sich zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates verpflichten, denn Bulgarien konnte an einem Vertrag mit dem Osmanischen Reich nur dann interessiert sein, wenn ihm Möglichkeiten grösseren Einflusses auf die slawisch besiedelten Gebiete der Türkei gegeben würden.<sup>63</sup>

Die Gespräche mit Serbien kamen im April wieder in Gang, als Gešov die Belgrader Regierung zu einem Meinungsaustausch über die albanische Erhebung einlud. Belgrad betonte angesichts der Gefahr der Wiederbesetzung des Sancaks Yeni Pazar (Novi Pazar) durch Österreich-Ungarn infolge der inneren Wirren in der Türkei die Notwendigkeit eines gemein-

61. Guéchoff, Ivan E., *L'Alliance Balcanique*. Paris 1915, S. 1.

62. Vgl. oben, Anm. 19 u. 20.

hatte der Gesandte eingangs die serbischen Politiker gelobt, dass sie sich endgültig auf die Seite Russlands gestellt haben: *Bog*, II, Nr. 515, S. 124 - 126; *Benckendorff* I, Nr. 306, S. 388.

63. Zu den bulgarisch-türkischen Verhandlungen vgl. *Guéchoff*, S. 3 f., 8 f.; *Vojnata* 1912-13, S. 57; *Nikolaidis*, S. 29; *Bickel*, S. 105, Anm. 483.

samen Vorgehens beider Staaten. Daraufhin erklärte Gešov prompt, er sei zu weiteren Verhandlungen über diese Frage bereit.<sup>64</sup>

Der serbische Ministerpräsident Pašić liess nun Ende April Gešov die serbischen Vorstellungen über die zukünftige serbische Südgrenze zur Kenntnis bringen: Sie sollte der Bregalnica folgen, Veles auf serbischer Seite lassen und bis Durazzo führen. Auf drei wesentlichen Gedanken basierte dieser Vorschlag:

- 1) Serbien wollte sich einen territorialen Ausgang zur Adria sichern, um unabhängig von Österreich - Ungarn Seehandel treiben zu können;<sup>65</sup>
- 2) Pašić vertrat die Auffassung, dass die Albaner nicht imstande seien, sich selbst zu regieren. Die Existenz eines selbständigen albanischen Staates würde den Grossmächten, besonders Österreich-Ungarn, den Vorwand zu Interventionen am Balkan bieten. Als beste Lösung des albanischen Problems schwebte Pašić die Aufteilung dieses Gebietes unter Serbien und Griechenland vor;<sup>66</sup>
- 3) Aus allen Dokumenten, die sich auf die Verhandlungen mit Bulgarien beziehen, geht deutlich der Wunsch Serbiens hervor, seine Südgrenze so zu gestalten, dass seine Handelsverbindungen mit der Ägäis und besonders mit Saloniki gesichert werden können. Serbien brauchte ein Handelszentrum und günstige strategische Positionen zur Verteidigung der Handelswege im Süden.<sup>67</sup>

Noch immer hingen die bulgarisch-serbischen Gespräche in der Schwebe, als ein Ereignis eintrat, das die beiden Staaten veranlassen sollte, den Abschluss eines Bündnisses zu beschleunigen: Ende September brach der türkisch-italienische Krieg um Tripolis aus. Izvol'skij erkannte als erster die Chance für Russland, nach einer Verständigung der Balkanstaaten, die Istanbul als eine weitere Bedrohung empfinden musste, als Retter aufzutreten und als Gegenleistung Konzessionen in der Meerengenfrage zu fordern.<sup>68</sup> Bulgarien und Serbien glaubten, Österreich-Ungarn werde die Situation ausnützen, um seine Positionen am Balkan — etwa durch Wiederbe-

64. Paget (Belgrad) an Grey, 1911-IV-11. *BD IX 1*, Nr. 470, S. 450 f.

65. Dieser Gedanke zieht wie ein roter Faden durch die serbischen Akten. Der serbische Gesandte in London, Gruić, hatte ihn in einem Gespräch mit Noel Buxton 1909 in präziser Form vorgebracht: Gruić an Milovanović, 1909-II-5. *Bog. I*, Nr. 49, S. 51 f.

66. Einzelbelege finden sich in dem Werk von Ζεγγός, Ἰωάννης, Ἱστορία τοῦ σερβοτουρκικοῦ πολέμου 1912 - 1913. Ἀθήναι 1915, S. 132 ff.

67. *Vojnata 1912 - 1913*, 38 f. 42; Militärrattaché Napier (Belgrad) an Barclay, 1910 - XII - 17. Beilage zum Bericht Barclays an Grey desselben Datums, *BD IX 1*, Nr. 202, S. 234 f.

68. *Bickel*, S. 86 f.

setzung des Sancaks Yeni Pazar — weiter vorzuschieben und sahen in einem militärischen Abkommen die einzige Möglichkeit, den sich aus dem Tripoliskrieg ergebenden Eventualitäten zuvorzukommen.<sup>69</sup> Überdies befürchtete Sofia mit grosser Sorge, die Türken könnten an den Christen Mazedoniens für den Tripoliskrieg Rache nehmen. Der Finanzminister und stellvertretende Aussenminister Todorov, der während Gešovs Reise nach Vichy die Verhandlungen mit Serbien leitete, kam mit dem serbischen Geschäftsträger überein, dass der in Aussicht genommene bulgarisch-serbische Vertrag zwei Zielen zu dienen habe: Erstens der Bereinigung der serbisch-bulgarischen Beziehungen durch die Festlegung von Einflusszonen in Mazedonien und zweitens der Erhaltung des status quo gegen irgendeine Einmischung fremder Mächte. Von Rom aus reiste Ricov nach Belgrad um die Verhandlungen voranzutreiben.<sup>70</sup>

Auf den ersten Blick mag es den Anschein haben, als handle es sich hier um die Ausarbeitung eines Defensivbündnisses, das allein der Erhaltung des Friedens am Balkan und der Lokalisierung des gegenwärtigen Konfliktes dienen sollte. Indessen zeigte sich sehr bald, dass die Balkanstaaten den Terminus «status quo» viel weiter interpretierten als Russland und die anderen Grossmächte: Mehr als die territoriale Integrität eines jeden Balkanstaates interessierte Belgrad und Sofia die Erhaltung des Status der Christen in der Türkei, d. h. deren rechtlicher Sonderstellung. Der Entschluss zu gemeinsamen Aktionen im Falle einer Verletzung der Privilegien und der Sicherheit der Christen im Osmanischen Reich konnte zu höchst gefährlichen Konsequenzen führen: Ein an sich bedeutungsloser Zusammenstoss zwischen Christen und Muslimen, eine Schiesserei in irgendeinem Dorf war geeignet, eine bewaffnete Intervention Bulgariens und Serbiens auszulösen.<sup>71</sup>

Wie ernsthaft beide Staaten auf einen Waffengang mit der Türkei

69. Milovanović an die serbischen Gesandtschaften in London, Paris und Petersburg, 1911-X-1. *Bog.* I, Nr. 151, S. 178 f.; Milojević (Sofia) an Milovanović, 1911-IX-30. *Ebenda*, Nr. 150, S. 178. Über die Entschlossenheit Serbiens, einem Einmarsch Österreich-Ungarns in den Sancak mit Gewalt zu begegnen, berichtet auch Hartwig an Sazonov, 1911-X-1. *Bog.* II, Nr. 524, S. 133, und 1911-X-8. *Ebenda*, Nr. 529, S. 138 - 140.

70. Nekljudov an Sazonov, 1911-X-2. *Bog.* II, Nr. 525, S. 134 f. Ricov wurde von Gešov deshalb in die Verhandlungen eingeschaltet, weil er als alter Mazedonienkämpfer über gute Beziehungen zu den mazedonischen Organisationen verfügte und leichter als irgendwer die Zustimmung dieser Kreise zu etwaigen Konzessionen Bulgariens erhalten konnte. Vgl. *Bickel*, S. 103 ff.

71. Nekljudov durchschaute dies als erster und warnte Todorov vor einer solchen Interpretation des «status quo». Nekljudov an Sazonov, ebenda.

hofften, erhellt aus den Verhandlungen der Diplomaten beider Länder. Das Problem der Aufteilung der europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches unter die beiden Verhandlungspartner wurde von jetzt an in einem Ton diskutiert, als seien diese Gebiete bereits erobert. Bulgarien versuchte dabei, die Grenze des ihm zufallenden Anteils so weit wie möglich vorzuschieben und wäre sogar bereit gewesen, seine Forderung nach der Autonomie Mazedoniens fallen zu lassen, wenn Serbien den bulgarischen Wünschen Rechnung getragen hätte: Skopje sollte Todorovs Angebot zufolge Serbien gehören, während Bulgarien sich Saloniki, Monastir und Veles einverleiben würde.<sup>72</sup> In demselben Gespräch mit dem serbischen Geschäftsträger Milojević versprach Todorov, die bulgarische Regierung werde Ferdinand von der Richtigkeit ihrer aussenpolitischen Orientierung überzeugen und den Herrscher veranlassen, die «politique d'oscillation» aufzugeben. Drei Tage darauf, am 6. Oktober, reiste der bulgarische Gesandte in Rom, Ricov, von Belgrad, wo er mit Milovanović konferiert hatte, nach Wien, um Ferdinand in diesem Sinne zu beeinflussen.<sup>73</sup>

Ministerpräsident Gešov verliess sofort nach Ausbruch des Tripoliskrieges Vichy und erkundigte sich am 4. Oktober in Paris und am 7. desselben Monats in Wien, ob der Krieg lokalisiert werden könne oder Verwicklungen auf dem Balkan zur Folge haben würde.<sup>74</sup> Gleichzeitig liess er in Petersburg anfragen auf welche Garantie Russlands Bulgarien im Ernstfall rechnen dürfe.<sup>75</sup> Die russische Regierung verhielt sich der bulgarischen Kriegslust gegenüber äusserst reserviert. Schon einige Tage vor Gešovs Anfrage hatte Neratov die Zurückweisung der bulgarischen Pläne durch den russischen Gesandten in Sofia, Nekljudov, gebilligt und betont, dass die Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien nur der Erhaltung des status quo dienen dürfe, weil ein eigenmächtiges Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei Gegenaktionen Österreich-Ungarns «hervorrufen und auch rechtfertigen» würde.<sup>76</sup> Auf Hartwigs Rat hin<sup>77</sup> erteilte die russische Regierung keine präzise Antwort auf Gešovs Anfrage, um Bulgarien nicht zu kriegerischen Aktionen zu ermuntern.<sup>78</sup>

72. Milojević (Sofia) an Milovanović, 1911-X-3. *Bog.* I, Nr. 152, S. 181.

73. Hartwig (Belgrad) an Sazonov, 1911-X-6. *Bog.* II, Nr. 527, S. 136 f.

74. *Bog.* II, S. 133, Anm. 4.—*GP XXXIII*, S. 3, Anm. \*\*\*.

75. N. N. Giers (Wien) an Sazonov, 1911-X-8. *Bog.* II, Nr. 528, S. 137 f.

76. Neratov an Nekljudov, 1911-X-4. *Bog.* II, Nr. 526, S. 135 f.

77. Hartwig an Sazonov, 1911-X-6. *Bog.* II, Nr. 527, S. 136 f.

78. Kurz darauf, am 15. X., sandte Neratov eine neue Weisung an Nekljudov, die Bulgaren vor einem Angriff auf die Türkei zu warnen: *Bog.* II, Nr. 532, S. 142 f. Die Weisung wurde den russischen Gesandtschaften in Paris, London, Berlin, Wien und Istanbul mitgeteilt.

Trotz dieser russischen Warnungen fuhr Sofia fort, mit Serbien Kriegspläne zu erörtern. Offensichtlich glaubte Sofia, bei einer Verständigung mit Serbien und der Kooperation Griechenlands und Montenegros werde der Balkanbund stark genug sein, um notfalls auch ohne russische Unterstützung handeln zu können; andererseits war man sicher, dass Russland im äussersten Notfall, wenn etwa durch den unglücklichen Ausgang eines Balkankrieges die Eigenstaatlichkeit Bulgariens bedroht würde, doch intervenieren müsse. Mit anderen Worten: Bulgarien könnte gewinnen oder ohne Erfolg kämpfen, aber niemals verlieren. Das Argument der Grossmächte, jede Veränderung des status quo bedrohe den Frieden und sei deswegen zu vermeiden, klang in den Hauptstädten der Balkanstaaten wie ein Hohn, weil es zwei europäische Grossmächte, Österreich-Ungarn und Italien, waren, die mit der Änderung der status quo begonnen hatten.

Gešov rang, aus Vichy kommend, noch vor seiner Abreise aus Österreich-Ungarn Ferdinand die Zustimmung zu einem für Serbien bestimmten Bündnisvorschlag ab,<sup>79</sup> dessen drei Hauptpunkte alles andere als die Aufrechterhaltung des status quo bezweckten und eine Verständigung mit der Türkei im Sinne des Čarykov-Planes von vornherein ausschlossen:

- 1) Der serbisch-bulgarische Vertrag von 1904 sollte mutatis mutandis erneuert werden. Statt auf Reformen in den europäischen Provinzen der Türkei zu dringen, hätten beide Staaten für die Autonomie Mazedoniens zu wirken oder, falls diese nicht verwirklicht werden könne, Mazedonien unter sich zu teilen.
- 2) Im Falle der Teilung Mazedoniens sollte Bulgarien das Gebiet südlich der Pčina erhalten; zwischen Pčina und den Grenzen der Sancaks Üsküb/Skopje und Prizren würde ein Niemandsland geschaffen werden, dessen Aufteilung später vorzunehmen sei. Mit diesem Vorschlag griffen die Bulgaren das serbische Projekt der Annexion «unzweifelhafter» Zonen auf, wobei sie allerdings die bulgarische Zone zuungunsten Serbiens sehr weit nach Norden ausdehnten.
- 3) Der casus foederis würde gegeben sein, wenn irgendeine dritte Macht Serbien oder Bulgarien angriffe, österreichisch-ungarische Truppen in Albanien oder Mazedonien einmarschierten oder wenn innere Unruhen in der Türkei Ruhe und Frieden störten und die Interessen beider Vertragspartner die Liquidierung der türkischen Herrschaft in Europa erheischten.<sup>80</sup>

Am 11. Oktober reiste Gešov von Wien ab; spät in der Nacht stieg Milovanović in Belgrad zu und in den frühen Morgenstunden des folgen-

79. Über die Entwicklung der aussenpolitischen Orientierung Ferdinands vgl. Nekljudov an Neratov, 1911-XII-12. *Bog.* II, Nr. 550, S. 161 f

80. *Guéchoff*, S. 21 f.

den Tages begannen auf einer Bahnstation in der Nähe Belgrads die streng geheimgehaltenen Besprechungen beider Staatsmänner. Der serbische Außenminister wies besonders auf die Gefahren hin, die sich aus Österreich-Ungarns Interesse für Albanien ergäben und brachte den alten serbischen Vorschlag der Teilung Albaniens zwischen Serbien und Griechenland wieder hervor. Dem bulgarischen Projekt einer Autonomisierung Mazedoniens widersetzte er sich und verlegte die Südgrenze des Niemandlandes, über dessen Schicksal der Zar entscheiden sollte, von Pčina nach der Bregalnica. Noch klarer als Gešov formulierte Milovanović das Ziel des projektierten Bündnisses :

- 1) Verteidigung gegen jeden Angriff auf die Vertragspartner und gegen jeden Versuch einer dritten Macht, sich türkisches Gebiet auf dem Balkan anzueignen;
- 2) Befreiung Altserbiens und Mazedoniens;
- 3) Beendigung der Anarchie und der Massaker in den übrigen europäischen Provinzen der Türkei.<sup>81</sup>

Ferdinand und die Sofioter Regierung billigten im Prinzip das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen und autorisierten Gešov, ein Bündnis mit Serbien abzuschließen, falls Serbien das Autonomieprojekt akzeptiere. Die führenden bulgarischen Politiker stützten sich in ihrem Entschluss, durch den raschen Vertragsabschluss die Voraussetzung für eine Intervention in Mazedonien zu schaffen, auf die Kriegsstimmung der infolge der türkischen Teilmobilmachung an der thrasischen Grenze<sup>82</sup> erregten öffentlichen Meinung, die von der Presse, einschliesslich der offiziellen Organe «Den» und «Reč» noch angefeuert wurde.<sup>83</sup> Die heikle Mission, Serbien für die Autonomie Mazedoniens zu interessieren, übernahmen der bulgarische Gesandte in Paris, Stančov, und sein Kollege in Rom, Ricov, die beide Milovanović und König Peter in Paris aufsuchen sollten.

In ihren ersten Besprechungen mit Milovanović wiesen Stančov und Ricov die serbische Forderung zurück, die Südgrenze des Niemandlandes solle dem Laufe der Bregalnica bis zum Vardar folgen und sich westlich des Vardar auf derselben Höhe fortsetzen, und boten als letztes bulgarisches Zugeständnis eine gegenüber früheren Vorschlägen etwas modifizierte Linie entlang der Pčina und der Südgrenzen der Sancaks Ūsküb/Skopje und Prizren an. Diese Grenze sollte jedoch nur gelten, wenn die Autonomie

---

81. Guéchoff, S. 23 - 27.

82. Kiderlen-Wächter an Marschall (Istanbul), 1911-X-9. *GP* XXXIII, Nr. 12036, S. 6, und an Lucius (Petersburg), 1911-X-14. *Ebenda*, Nr. 12037, S. 6 f.

83. Vgl. Guéchoff, S. 27 ff.

Mazedoniens sich nicht verwirklichen liesse. Milovanović erwiderte schliesslich, er müsse in Belgrad erst alle massgeblichen Politiker konsultieren, bevor er Bulgarien derartige Konzessionen machen könne.<sup>84</sup>

Das Misstrauen der Serben gegenüber der bulgarischen Forderung nach dem Autonomiestatus für Mazedonien war natürlich nicht unberechtigt. Man fürchtete, Bulgarien würde die Autonomie dieses Gebietes wie im Falle Ostrumeliens nur als Übergangsstufe zum Anschluss an Bulgarien betrachten. Tatsächlich schwebte nicht nur massgeblichen Mitgliedern der IMRO,<sup>85</sup> sondern selbst bulgarischen Politikern und Diplomaten<sup>86</sup> dieses Endziel vor Augen. Die bulgarische Regierung beharrte jedoch auf ihrer Forderung, weil sie die Zwangslage Serbiens durchschaute und nach Ricovs Zeugnis von Hartwig dazu ermuntert worden war.<sup>87</sup> Tatsächlich ging diese Rechnung auf: Nach einigem Hin und Her und wiederholten serbischen und bulgarischen Vorschlägen und Gegenvorschlägen<sup>88</sup> akzeptierte Belgrad Ende Dezember im Prinzip die bulgarische Autonomieformel und gab in der Frage der Grenzziehung nach.<sup>89</sup> Auf russischen Druck hin kamen die beiden Regierungen überein, den Artikel über den casus foederis enger und weniger aggressiv zu fassen.<sup>90</sup>

«In dem Glauben an die Gemeinsamkeit der Interessen und der

84. Bericht Stančovs und Ricovs an Gešov, 1911-XI-20. *Guéchoff*, S. 39 - 57.

85. *Hering*, Gunnar, Mazedonische Geschichtsschreibung, III: Bulgarische Arbeiten zur Geschichte Mazedoniens. In: Österreichische Ost - Hefte II (Wien 1960), S. 405 f.

86. Vgl. die Äusserung Toševs zu seinem österreichisch - ungarischen Kollegen Ugron bei *Bickel*, S. 112, Anm. 503 und die Äusserung Ricovs zu Milovanović während der Pariser Verhandlungen, die Autonomie sei nur die vorletzte Etappe der Liquidierung der türkischen Herrschaft in Europa: *Guéchoff*, S. 48.

87. Ricov berichtet Gešov, Hartwig habe ihm in Belgrad gesagt: «Ils ne manqueront pas de marchander avec vous, mais, à la fin des fins, ils se contenteront du district d'Uscub». *Guéchoff*, S. 57.

88. Einzelheiten bei *Guéchoff*, S. 31 - 37; Hartwig an Sazonov, 1911-XI-4. *Bog.* II, Nr. 541, S. 148 - 150.

89. *Guéchoff*, S. 58 - 60.

90. In den serbischen Propositionen vom 3. XI. war u. a. vorgesehen, dass sich beide Partner über den Beginn einer Aktion verständigen, wenn einer von ihnen die Lage auf dem Balkan als günstig für die Verwirklichung der nationalen Ziele betrachte. Hartwig an Sazonov, 1911-XI-4, ebenda, S. 149 f. Vgl. *Guéchoff*, S. 31. Diese Formulierung lehnte Nekljudov entschieden ab: Nekljudov an Sazonov, 1911-XI-6. *Bog.* II, Nr. 543, S. 153 f. Daraufhin schlug Serbien am 7. XI. eine neue Fassung vor, derzufolge die beiden Mächte dann intervenieren, wenn innere Unruhen in der Türkei die nationalen Interessen der beiden Staaten bedrohen oder innen- oder aussenpolitische Verwicklungen den status quo erschüttern: *Bickel*, S. 114. Diese Fassung ging in den endgültigen Vertrag ein.

Gleichartigkeit der Schicksale ihrer Staaten und Brudervölker» schlossen Bulgarien und Serbien am 29. Februar/13. März 1912 das Bündnis ab, das doch im selben Jahr den ersten Balkankrieg möglich machte.<sup>91</sup> Beide Staaten garantierten sich darin gegenseitig die Integrität ihres Hoheitsgebietes und verpflichteten sich, im Falle eines Angriffs einer dritten Macht dem angegriffenen Vertragspartner militärische Hilfe zu leisten. Der casus foederis trete auch dann ein, wenn eine Grossmacht unter türkischer Herrschaft stehendes Gebiet für immer oder vorübergehend besetzte und einer der beiden Staaten diese Aktion als seinen Lebensinteressen widersprechend ansähe. In der Geheimanlage zu dem Vertrag heisst es, zwischen den Vertragspartnern werde ein Meinungs austausch stattfinden, wenn ihre nationalen Interessen oder der status quo bedroht wären.<sup>92</sup> Der Entschluss zum militärischen Einschreiten habe nur unter der Bedingung Gültigkeit, dass Russland ihm zustimme. Griffe jedoch einer der beiden Vertragspartner auf eigenes Risiko zu den Waffen, habe der andere wohlwollende Neutralität zu zeigen und einen Teil seiner Streitkräfte zu mobilisieren. Sollte aber eine dritte Macht sich auf die Seite der Türkei stellen, so seien die beiden Staaten zu gegenseitiger militärischer Hilfe verpflichtet. Alles eroberte Land werde als Condominium betrachtet, dessen Teilung innerhalb von drei Monaten nach Kriegsende erfolgen müsse. Bulgarien habe dann Anspruch auf die Gebiete östlich der Struma und der Rhodopen, Serbien auf die Gebiete nördlich und westlich der Šar Planina. Restmazedonien zwischen Šar Planin, Ohrider See, Ägäis, Struma und den Rhodopen sollte den Autonomiestatus erhalten, oder, falls mit Rücksicht auf die Interessen der bulgarischen und serbischen Nationalitäten oder die aussenpolitische Situation dies nicht praktikabel wäre, so geteilt werden, dass Bulgarien seine Grenze auf eine Linie zwischen dem Golem (nördlich von Kriva Palanka an der damaligen türkisch-bulgarischen Grenze im Südwesten Bulgariens) und dem Ohrider See vorschiebt. Zwischen dieser Linie und der Šar Planina bleibe dann ein Niemandland, über das der Zar entscheiden werde. Der russische Herrscher sollte ausserdem auch als Schiedsrichter in allen Streitfragen und Differenzen, die sich bei der Interpretation des Vertrages ergäben fungieren. Am 29.IV./12.V. folgte dem Bündnisvertrag eine Militärkonvention,<sup>93</sup> in

91. Die zitierten Worte sind der Präambel entnommen. Text bei *Bog.* I, Nr. 169, S. 206 - 208, Geheimanlage Nr. 170, S. 208 - 211; *Vojnata* 1912 - 13, S. 45 - 48; *Guéchoff*, S. 191 - 202; *Δούσμανης*, Β., 'Ο συμμαχικός πόλεμος κατά τῶν Βουλγάρων, Athen 1927, S. 16 f.

92. Vgl. Anm. 90.

93. Text bei *Bog.* I, Nr. 171, S. 211 - 213; *Vojnata* 1912 - 13, S. 48 - 51; *Guéchoff*, S. 202 - 213.

der die Bündnisfälle im Einzelnen festgelegt wurden. Serbien hatte Bulgarien bei einem Angriff Rumäniens oder Türkei beizustehen, Bulgarien war verpflichtet, Serbien gegen Österreich-Ungarn und die Türkei und im Falle der Wiederbesetzung des Sancaks Yeni Pazar durch Österreich-Ungarn Hilfe zu leisten. Ausdrücklich vorgesehen wurde gegenseitige Hilfe im Falle eines Angriffs beider Staaten auf das Osmanische Reich.

Die Abmachungen zwischen Serbien und Bulgarien dienten also nicht nur der gemeinsamen Abwehr eines Angriffs auf die Vertragspartner. Beide Staaten bereiteten sich darauf vor, unabhängig von den politischen Zielen und Wünschen der Grossmächte ihre Auffassungen von der Neuordnung des Balkanraumes mit Gewalt durchzusetzen.

Indessen stand das Vertragswerk auf tönernen Füßen. Beide Staaten legitimierten ihre Ansprüche auf türkisches Gebiet mit ethnographischen Argumenten: Ein jeder behauptete, seine Connationalen befreien zu wollen. Aber die Frage, wo nun tatsächlich bulgarisches Siedlungsgebiet aufhöre und serbisches beginne, war nicht gelöst worden. Statt dessen hatte man einen Kompromiss über die zukünftigen Grenzen geschlossen, der das Verlangen nach Revision besonders in Serbien wecken musste. Die Schwäche des ganzen Bündnisses lag aber darin, dass etwaige Reaktionen der Grossmächte beinah völlig unberücksichtigt geblieben waren. Diese Reaktionen mussten sich aber gegen die Verbündeten richten, wenn diese ihr eigenes Ziel der Befreiung der Makedoslawen missachten würden und auf die Eroberung Albaniens ausgingen. Dann aber würden die Serben für die unter dem Druck der Grossmächte aufgegebenen Gebiete anderswo Entschädigung suchen und die Vereinbarungen über die Grenzziehung in Mazedonien wieder in Frage stellen. Ausserdem war der Beitritt Griechenlands und Montenegros zwar in Aussicht genommen worden; weder in Sofia, noch in Belgrad hatte man jedoch klare Vorstellungen darüber, was man diesen Staaten anbieten wollte. Südalbanien sollte nach den serbischen Plänen Griechenland zufallen; niemand konnte aber erwarten, dass sich die Griechen mit einer schmalen Landzunge im Westen der Halbinsel zufrieden geben würden, die, von Mazedonien abgeschnitten, nicht nur schwer zu verteidigen wäre, sondern Athen auch vor grosse wirtschaftliche und verkehrstechnische Probleme stellen würde. Die Forderung Griechenlands nach Abrundung seiner neuen Gebiete im Norden war unabwendbar, zumal die Griechen lange Jahre hindurch mit den Bulgaren blutige Kämpfe um die Erhaltung ihres Volkstums in Mazedonien ausgefochten hatten. Die griechische Beteiligung an einem Kriege würde dann die Teilungspläne Serbiens und Bulgariens über den Haufen werfen.

Zu diesen Problemen, mit denen das Vertragswerk von vornherein

belastet war, trat noch ein anderer schwerwiegender Umstand hinzu: die entschiedene Weigerung Russlands, einen Angriff auf die Türkei zu billigen.

Schon seit Oktober 1911 hatte Petersburg die Verlockung zu einem Angriff, die das serbisch-bulgarische Bündnis mit sich bringen könnte, erkannt und beide Staaten vor einer solchen Aktion gewarnt. Noch immer trug sich Russland mit der geheimen Hoffnung, dass schliesslich doch noch eine Verständigung der Balkanstaaten mit der Türkei möglich sein werde.<sup>94</sup> Die in der Literatur weit überschätzten Berichte Hartwigs, in denen der Gesandte ein Übereinkommen mit der Türkei als unrealisierbar und unpraktisch verwarf und die russische Regierung an ihre beiden «historischen Aufgaben» — die Unterstützung der slawischen Völker und die Kontrolle der Meerengen — erinnerte,<sup>95</sup> vermochten Petersburg nicht umzustimmen, obgleich auch Sazonov im Laufe der Zeit einsehen musste, dass die Türkei sich jedem Annäherungsversuch Russlands und der Balkanstaaten gegenüber zurückhielt und ein Übereinkommen mit ihr vorerst nicht zu erzielen war.<sup>96</sup> Dem Gedanken einer gewaltsamen Änderung des status quo auf Kosten der Türkei, der auch für die Zukunft eine solche Verständigung ausschloss und ausserdem die Gefahr eines europäischen Konfliktes heraufbeschwor, widersetzte sich Sazonov in recht energischer Form, als der Parlamentspräsident Danev, der die nach Abschluss des Bündnisses zum Zaren gesandte bulgarische Delegation anführte, ihm offen gestand, Bulgarien warte nur auf eine passende Gelegenheit, «pour jouer sa partie», um nicht noch mehr an Boden in Mazedonien zu verlieren.<sup>97</sup> Da in dem Bündnisvertrag die Konsultierung Petersburgs vor jeder Aktion vorgesehen war, glaubte Sazonov, die Leitung des neuen Balkanbundes fest in den Händen zu haben. Wie Belgrad und Sofia jedoch die Vertragsbestimmungen interpretierten, wusste er nicht so genau, weil man ihn mit dem Hinweis auf diese Klausel beschwichtigte.

Es zeigt sich, welche verhängnisvolle Rolle die sogar in die Sprache der Diplomatie eingedrungenen panslawistischen Parolen, oder besser gesagt, der Glaube an sie, spielten. Russland rechnete auf die «Solidarität», d. h. auf den Gehorsam der kleinen Balkanstaaten gegenüber den «allgemeinen slawischen Interessen», d. h. den russischen Wünschen. Bulgarien und Serbien verliessen sich auf den Schutz der «slawischen Brüder» in Petersburg

94. Neratov an Hartwig, 1911-XI-4. *Bog.* II, Nr. 540, S. 148.

95. Hartwig an Sazonov, 1911-XI-2. *Bog.* II, Nr. 539, und 1911-XI-5. *Ebenda*, Nr. 542, S. 150 - 153.

96. Vgl. dazu *Bickel*, S. 90 ff.

97. *Guéchoff*, S. 76 f.; vgl. Sazonov an Nekljudov (Sofia), 1912-V-30. *Bog.* II, Nr. 577, S. 186 - 188, *Benckendorf*, II, Nr. 618, S. 377 ff.

und meinten, Russland werde aus Begeisterung für die «slawische Sache» mit den Balkanstaaten durch dick und dünn gehen. Alle Beteiligten identifizierten jedoch die «slawische Sache» im Grunde mit ihren eigenen machtpolitischen, wirtschaftlichen und nationalistischen Interessen. Der naiven Verblendung folgte alsbald das böse Erwachen: Russland, Serbien und Bulgarien waren weder vor Ausbruch des 1. Balkankrieges, noch im Jahr 1913 bereit, ihre Sonderinteressen zum Vorteil der «slawischen Sache», unter der ein jeder etwas anderes verstand, zu opfern. Noch hatte man diese bittere Erfahrung nicht gemacht, noch hoffte man auf den Sieg der Schlagworte über die Staatsraison, noch hielten die Politiker der slawischen Balkanstaaten ihre nationalistischen Ziele für ein heiliges Anliegen des gesamten Slawentums.

Mitte 1912 eröffnete der bulgarische Finanzminister Todorov gelegentlich seiner Reise nach Paris Izvol'skij, die rasche Beendigung des türkisch-italienischen Krieges liege nicht im Interesse Bulgariens, das die nicht so schnell sich wieder bietende Gelegenheit auszunutzen gedenke.<sup>98</sup> Russland versuchte alles, um Bulgarien und Serbien von derartigen Schritten zurückzuhalten.<sup>99</sup> Der einzige Erfolg dieser Bemühungen war, dass Gešov den Serben vorschlug, die Eröffnung der Feindseligkeiten bis zum Herbst aufzuschieben. Sollte der Tripoliskrieg bis dahin nicht beendet sein, würde Italien sich für die Unterstützung durch die Balkanstaaten interessieren. Beide Staaten müssten daher für die Fortsetzung der Feindseligkeiten sorgen. Ausserdem hätte Serbien Zeit, eine starke Regierung unter Pašić zu bilden, die auch Russland gegenüber genügend Autorität besitze.<sup>100</sup> Im Sinne dieser Konzeption erteilte der serbische Sondergesandte Spalajković dem türkischen Gesandten in Sofia, Refik Paša, den «freundschaftlichen Rat», gegen Italien auf jeden Fall weiterzukämpfen,<sup>101</sup> während Gešov Italien aufhetzte, seine Rechnung mit der Türkei auch in Europa durch die Besetzung Valonas zu begleichen.<sup>102</sup>

Noch einmal hoffte Sazonov, die Zügel wieder in die Hand zu bekommen, als Berchtold am 14. August mit dem Vorschlag herauskam, zur Abwendung der Kriegsgefahr Istanbul die Einführung von Reformen zu empfehlen. Sazonov nahm diesen Vorschlag sehr günstig auf<sup>103</sup> und wies

98. Izvol'skij an Sazonov, 1912-VI-6. *Bog.* II, Nr. 579, S. 190.

99. Im Einzelnen vgl. *Bog.* II, S. 163, Anm. 1.

100. Spalajković an das Belgrader Aussenministerium, 1912-VII-30 *Bog.* I, Nr. 180, S. 222 - 225.

101. desgl. 1912-VIII-10. *Ebenda*, Nr. 181, S. 225 - 227.

102. desgl. 1912-VIII-10. *Ebenda*, Nr. 182, S. 228 f.

103. Thurn (Petersburg) an Berchtold, 1912-VIII-16. *Bog.* II, Nr. 596, S. 206 ff.

seine Gesandten in den europäischen Hauptstädten zu entsprechenden Diskussionen mit den betreffenden Regierungen an.<sup>104</sup> Unglücklicherweise fand der Vorschlag in dieser Form nicht die Billigung Frankreichs und Englands.<sup>105</sup> Bulgarien und Serbien war damit jedoch eine neue Karte zu gespielt worden: Sie konnten den Vorschlag Berchtolds und Sazonovs aufgreifen und von der Türkei Reformen fordern, so dass im Falle der Ablehnung die Türkei als der allein Schuldige dastünde und zumindest Österreich - Ungarn und Russland in die schwierige Situation manövriert würden, gegen die Durchsetzung ihrer eigenen Vorschläge Stellung zu nehmen. Die Ablehnung der Forderungen konnte nicht so schwer sein, wenn man sie überspitzt genug formulierte. Unterdessen bereiteten die Verbündeten den Krieg mit fieberhafter Eile vor.<sup>106</sup> In diesem Augenblick raffte sich Sazonov zu einer scharfen Äusserung auf, die an Entschiedenheit weit über die bisherigen Warnungen hinausging: «Ich sage Ihnen zum 25. Male, dass Sie nicht auf uns rechnen können» herrschte Sazonov den bulgarischen Gesandten Paprikov an.<sup>107</sup> Weder dies noch die italienische Weigerung, die Unterstützung der Balkanstaaten anzunehmen<sup>108</sup>, vermochten in Sofia etwas auszurichten. Gešov selbst wäre vielleicht zum Einlenken bereit gewesen, aber die seit langem fanatisierte öffentliche Meinung Bulgariens forderte den Krieg.<sup>109</sup> Allein Pašić riet angesichts der russischen Absage und aus Furcht vor einem österreichisch-ungarischen Angriff zur Mässigung.<sup>110</sup> Sofia sah nun den Moment gekommen, seine zukünftigen Aktionen vor den europäischen Mächten und Serbien durch die Formulierung von Forderungen an die Erfüllung des Artikels XXIII des Berliner

104. Sazonov an die russischen Gesandten in Paris, Wien, London, Berlin, Rom und Istanbul, 1912-IX-17. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis. Aus den Geheimarchiven der russischen Staatsarchive (im Folgenden zitiert als «Iswolski»), II. Berlin 1926, Nr. 432, S. 253 f., *Bog.* II, Nr. 605, S. 214 f.

105. *GP* XXXIII, S. 107, Anm. \*. Vgl. Izvol'skij an Neratov, 1912-IX-21. *Iswolski* II, Nr. 436, S. 255 f.; Neratov an Izvol'skij, 1912-IX-21, *Ebenda*, Nr. 437, S. 256.

106. *Guéchoff*, S. 84 ff.

107. Zitiert bei *Bickel*, S. 156, Anm. 682.

108. *Ebenda*, S. 141.

109. Die öffentliche Meinung war besonders durch das Christenmassaker in Kočani (Juli 1912) erregt worden, dessen Ausmasse die bulgarische Presse allerdings weit übertrieb. Vgl. *Vojnata* 1912 - 13, S. 19, 70. Der 1. Sekretär der englischen Gesandtschaft in Sofia, Barclay, an Grey, 1912-IX-5. *BD* IX 1, Nr. 702, S. 677. Vgl. Poincaré an die französischen Gesandten in Wien, London, Berlin, Istanbul, Rom und Petersburg, 1912-IX-24. *Bog.* II, Nr. 616, S. 221 f.

110. Persönliche Aufzeichnung Pašićs, 1912-IX-19. *Bog.* I, Nr. 185, S. 231 f. Vgl. den Bericht Popovičs an Pašić 1912-IX-22. *Bog.* I, Nr. 187, S. 233 f.

Vertrages, den auch die Mächte als Ausgangspunkt für Gespräche mit der Türkei hervorgeholt hatten.<sup>111</sup> Da die Bulgaren mit einer ablehnenden oder zumindest ausweichenden Antwort der Türkei rechneten, nahmen sie für sich das Recht in Anspruch, ihre Wünsche mit Waffengewalt durchzusetzen.<sup>112</sup> Die türkische Regierung hatte vorsichtshalber die Mobilmachung angeordnet,<sup>113</sup> Russland warnte wiederum,<sup>114</sup> die Gesandten Englands und Frankreichs schlossen sich den russischen Vorstellungen an.<sup>115</sup> Pašić konnte sich dem bulgarischen Druck nicht mehr entziehen, zumal die Türken eine Transitlieferung von Kriegsmaterial für Serbien beschlagnahmt<sup>116</sup> und sich damit Serbien vor den Kopf gestossen hatten. Lediglich riet er Gešov ab, Russland zu drohen (!), und empfahl, Sazonov mit Argumenten auseinanderzusetzen, dass eine Unterstützung der Aktion der Verbündeten in Russlands eigenem Interesse liege, weil sich die Balkanstaaten sonst anderwärts Hilfe suchen müssten (!); Russland solle wenigstens nach Ausbruch der Feindseligkeiten für die Lokalisierung des Konfliktes sorgen, d. h. Österreich-Ungarn in Schach halten.<sup>117</sup> Serbien war jetzt entschlossen, zusammen mit Bulgarien jedes Risiko einzugehen, um ein Anrecht auf Bulgariens Unterstützung für den Tag zu erwerben, da Serbien mit Österreich-Ungarn «abrechnen» werde.<sup>118</sup> Die gemeinsame österreichisch-ungarisch-russische

---

111. Der Artikel lautet: «La Sublime Porte s'engage à appliquer scrupuleusement dans l'île de Crète le règlement organique de 1868 en y apportant les modifications qui serait jugées équitables.— Des règlements analogues adaptés aux besoins locaux, sauf en qui concerne les exemptions d'impôts accordées à la Crète, seront également introduits dans les autres parties de la Turquie d'Europe pour lesquelles une organisation particulière n'a pas prévue par le présent traité.— La Sublime Porte chargera des commissions spéciales, au sein desquelles l'élément indigène sera largement représenté, d'élaborer les détails de ces nouveaux règlements dans chaque province.— Les projets d'organisation résultant de ces travaux seront soumis à l'examen de la Sublime Porte qui, avant de promulguer les actes destinés à les mettre en vigueur, prendra l'avis de la Commission Européenne instituée pour la Roumélie Orientale».

112. Popović an Pašić, 1912-IX-24. *Bog.* I, Nr. 189, S. 235 f., und 1912-IX-22, *Ebenda*, Nr. 187, S. 233 f.

113. Vojnata 1912 - 13, S. 71; Nekljudov an Neratov, 1912-IX-27. *Benckendorff*, II, Nr. 684, S. 447, *Bog.* II, Nr. 618, S. 222 f.; Wangenheim (Istanbul) an das Auswärtige Amt, 1912-IX-27. *GP XXXIII*, Nr. 12171, S. 121, *Bog.* II, Nr. 617, S. 222.

114. Popović an Pašić, 1912-IX-25. *Bog.* I, Nr. 190, S. 236.

115. Descos (Belgrad) an Poincaré, 1912-X-1. *Bog.* II, Nr. 626, S. 229.

116. *Ebenda*.

117. Dorsalvermerk Pašićs vom 2. X. zu dem Bericht Spalajkovičs vom selben Datum. *Bog.* I, Nr. 193, S. 237 f.

118. Spalajković 1912-X-3. *Bog.* I, Nr. 195, S. 239 - 242.

Demarche, die auf einen französischen Vorschlag hin<sup>119</sup> im Namen der Grossmächte am 8. Oktober erfolgte,<sup>119</sup> war ein Schlag ins Wasser. Der zweite Punkt der Kollektivnote, demzufolge die Mächte selbst im Falle eines Sieges der Balkanstaaten keine Änderung des territorialen status quo zulassen würden, wurde in Belgrad und Sofia als blosser Phrase betrachtet, weil alle europäischen Staaten längst das Prinzip anerkannt hatten, dass Gebiete mit christlicher Bevölkerung, einmal von den Türken befreit, nicht wieder zurückgegeben werden. Wie gering Österreich-Ungarns Chancen in der Tat waren, seinen Vorstellungen Respekt zu verschaffen, zeigte sich alsbald an der positiven Beurteilung der Entwicklungen auf dem Balkan durch Kaiser Wilhelm II.<sup>120</sup> Infolge einer Indiskretion wurden alle Warnungen Russlands beinahe ins Lächerliche gezogen: Aus sicherer Quelle in Wien verlautete, der Zar habe angedeutet, dass im Falle einer Niederlage der Balkanstaaten Russland intervenieren müsse.<sup>121</sup> Der serbische Gesandte in Petersburg, Popović, wusste überdies von der Sympathie der russischen öffentlichen Meinung für eine Aktion der Balkanstaaten zu berichten.<sup>122</sup>

Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro richteten nach den letzten Vorbereitungen für den Kriegsfall das bekannte Ultimatum an die Türkei, in dem radikale und lückenlos durchgeführte Reformen gefordert

119. Inhalt des französischen Vorschlags im Bericht Izvol'skijs an Sazonov, 1912-IX-22. *Iswolski* II, Nr. 439, S. 257, *Bog.* II, Nr. 612, S. 219 f.

119a. Berchtold an die ö-u. Gesandten in Athen, Cetinje, Belgrad und Sofia, 1912-X-7. *Bog.* II, Nr. 642, S. 241. Vgl. Sazonov an Neratov, 1912-X-4, *Iswolski* II, Nr. 472, S. 272 f., *Bog.* II, Nr. 638, S. 238 f.

120. Aufzeichnung Wilhelms II., 1912-X-4. *GP.* XXIII, Nr. 12.225, S. 165, *Bog.* II, Nr. 636, S. 236 - 238. Wilhelm fürchtete vor allem einen Handelsboykott als Reaktion der Balkanstaaten auf eine Intervention der Grossmächte und neue Verwicklungen auf dem Balkan im Gefolge der Revolutionen, denen bei einer solchen Aktion die Regierungen der Balkanstaaten ausgesetzt würden. Der Kaiser erkannte ausserdem das Recht der Balkanstaaten auf Expansion an und beschliesst seine Betrachtung gelassen: «Es komme ruhig zum Kriege...Man lasse die Leute nur ruhig machen; entweder sie kriegen Keile oder erteilen sie, danach ist immer noch Zeit zum Sprechen. Die Orientfrage muss mit Blut und Eisen gelöst werden! Aber in einer für uns günstigen Periode! Das ist jetzt!» Zur Haltung Deutschlands vgl. *Bog.* II, S. 251, Anm. 1; *Michaelis*, Herbert, Die deutsche Politik während der Balkankriege 1912/13. Diss. Leipzig 1929.

121. Dimitrijević - Ahrer (Wien) an Pašić, 1912-X-5. *Bog.* I, Nr. 199, S. 245.

122. Popović an Pašić, 1912-X-8. *Bog.* I, Nr. 200, S. 245 f.; Košutić (Petersburg) an Pašić, 1921-X-10. *Ebenda*, Nr. 201, S. 246. Vgl. *Bickel*, S. 154. Vgl. auch Žeboricki, Victor, *Kulinić*, Ivan, Iz istorijata na ruskobulgarskata otnošenija po vreme pŕvata balkanska vojna 1912 - 1913 g. In: *Istoričeski Pregled XVIII* (Sofia 1962), 3, S. 70 - 78.

und im Einzelnen präzisiert wurden.<sup>123</sup> Die Pforte lehnte es ab, auf diese demütigenden Forderungen, die überdies noch in einer ungewöhnlich arroganten Sprache abgefasst waren, überhaupt formgerecht zu antworten, und forderte Genugtuung binnen vierundzwanzig Stunden. Der Wunsch der Verbündeten ging jetzt in Erfüllung: Der erste Balkankrieg begann. Innerhalb kürzester Zeit gelang es den Balkanstaaten, allen Erwartungen der Grossmächte zuwider fast die gesamte europäische Türkei zu besetzen. Die Probleme aber, die in langwierigen Verhandlungen nicht gelöst worden waren, sollten sich alsbald von Neuem stellen.

(Schluss folgt.)

Mainz

GUNNAR HERING

---

123. Einzelheiten bei Guéchoff, S. 94 - 97.